



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Verkehrsverlagerungen auf Bundesstraßen werden jetzt untersucht

MdB Klaus Hagemann (SPD) fordert Verkehrszählung für B 9

Berlin/Worms/Oppenheim, 16. Februar 2005

In der Diskussion um eine mögliche Verkehrsverlagerung durch die Lkw-Maut auf das so genannte nachgeordnete Straßennetz, zu der Bundesstraßen wie die B 9 gehören, ist nun eine intensive bundesweite Untersuchungsphase eingeleitet worden. Dies geht aus einem Zwischenbericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) an den Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) hervor. „Gemeinsam mit weiteren Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion haben wir die Bundesregierung aufgefordert, umgehend die Auswirkungen der Lkw-Maut auf Ballungsräume, Wohngebiete und grenznahe Gebiete zu untersuchen“, sagte der SPD-Parlamentarier. In einer Initiative hatte sich Hagemann auch an den rheinland-pfälzischen Verkehrsminister Hans-Artur Bauckhage (FDP) gewandt, um eine Verkehrszählung auf der B 9 zu veranlassen und zu unterstützen.

Nur auf Grundlage einer eingehenden Verkehrsuntersuchung sollten gegebenenfalls notwendig werdende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, die auch möglichen gerichtlichen Anfechtungen bestehen müssten, betonte Hagemann. „Aussagekräftige Ergebnisse der Verkehrsauswertungen werden voraussichtlich im Spätsommer 2005 vorliegen“, informierte die zuständige parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens vom BMVBW den Abgeordneten.

Das BMVBW hatte die Studie zur Untersuchung von Verkehrsverlagerungen auf das nachgeordnete Straßennetz nach Einführung der Lkw-Maut vergeben. Dabei werden unterschiedliche Erhebungsmethoden angewendet. So werden Modellsimulationen möglicher Ausweichrouten von Lkws durchgeführt, die zeigen, wie die Lkw-Maut eventuelle Verkehrsverlagerungen verursacht und damit bestimmte Räume, Städte und Gemeinden belasten könnte. Parallel dazu werden

Verkehrszählungen zum Nachweis möglicher Verlagerungseffekte herangezogen. Die Daten werden anschließend einem Vorher/Nachher-Vergleich unterzogen. Diese vergleichenden Untersuchungen seien nach Hagemann bereits im Mautgesetz vorgesehen und basierten auf geltenden EU-Bestimmungen. „Die derzeitige Analyse und Auswertung wird dabei aufgrund der Nachher-Messung einige Zeit in Anspruch nehmen, da aussagekräftige Verkehrsdaten erst vorliegen, wenn sich das Verkehrsaufkommen nach der Mauteinführung eingependelt hat“, sagte Hagemann. Er rechne im Spätsommer 2005 mit aussagekräftigen Verkehrsdaten, auf deren Grundlage dann Maßnahmen ergriffen werden sollten, die juristisch „wasserdicht“ sein müssten. Nur eine solide Datenbasis mache die Entwicklung des Verkehrs transparent und objektiv nachvollziehbar. Der SPD-Abgeordnete wies nochmals darauf hin, dass die Ausdehnung der Mautpflicht auf Bundesstraßen bereits als Möglichkeit im Mautgesetz verankert sei. Sollte sich eine Verkehrsverlagerung bestätigen, stelle eine auf Bundesstraßen erweiterte Mautgebühr für den Lkw-Verkehr sicher, dass diese Straßen in Zukunft nicht mehr als Schlupflöcher zur Umgehung der Gebühr genutzt werden würden, erklärte Hagemann.